

Leitantrag Schleswig-Holstein Rat 19. Februar 2011

Einleitung und politische Ziele

Das übergeordnete energiepolitische Ziel der JUNGEN UNION Schleswig-Holstein ist die Gewährleistung einer permanenten Energieversorgung. Die Energieversorgung Schleswig-Holsteins, Deutschlands und der Europäischen Union darf nicht durch kaum beeinflussbare Entwicklungen in politisch instabilen Regionen gefährdet werden.

Darüber hinaus setzt sich die JUNGE UNION Schleswig-Holstein angesichts des wissenschaftlichen Konsenses, dass CO₂-Ausstoß klimabeeinflussende Auswirkungen hat, für die Reduktion des CO₂-Ausstoßes ein.

Durch die angesprochene reduzierte Herkunftsdiversifizierung unserer Energie, sowie den für die Reduktion von CO₂-Ausstoß benötigten Aufbau erneuerbarer Energien, ist angesichts der deutlich höheren Erzeugungskosten im Bereich der regenerativen Energien ein gewisser Anstieg der Strompreise nicht vermeidbar. Um den Bürgerinnen und Bürgern keine zu hohen Strompreise zuzumuten und um die Wettbewerbsfähigkeit von in Deutschland produzierenden Unternehmen zu gewährleisten, müssen Maßnahmen gefunden werden, die sicherstellen, dass die Strompreise in Deutschland nicht überproportional.

Die Energiebranche ist ein Zukunftsmarkt, der Schleswig-Holstein zahlreiche Perspektiven bietet. Damit auch Schleswig-Holsteins Energieindustrie von dem in der Bundesrepublik zu beobachtenden erhöhten Energieverbrauch profitiert, muss dafür gesorgt werden, sodass in Schleswig-Holstein wettbewerbsfähige Voraussetzungen zur ertragsreichen und effizienten Energieproduktion geschaffen werden.

Um diese Ziele zu erreichen, hält die JUNGE UNION Schleswig-Holstein die Umsetzung des folgenden Maßnahmenkatalogs für erforderlich.

Kernkraft als „Brückentechnologie“ beibehalten

Durch Kernkraft decken wir in Deutschland etwa 25% unseres Strombedarfs. Kernenergie ist weitgehend CO₂-neutral und bietet sehr gute Versorgungssicherheit sowie Preisstabilität, was größere Investitionen für erneuerbare Energien und den Netzausbau ermöglicht. Zudem sind Kernkraftwerke besser als Kohlekraftwerke geeignet, den Schwankungen der Grundlast durch zügiges An- und Runterfahren des Reaktors zu begegnen.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein sieht keine zusätzliche Gefahr durch die Verlängerung der Laufzeiten, da die ohnehin bereits hohen Sicherheitsanforderungen an die Kernkraftwerke im Rahmen der 12. Atomgesetznovelle erweitert wurden.

Konkret fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

1. an der Kernkraft als Brückentechnologie festzuhalten, da wir noch nicht in der Lage sind, unseren nationalen Energiebedarf über erneuerbare Energien oder andere derzeit in der Entwicklung befindlichen Energieträger zu decken,
2. eine zügige, jedoch sorgfältig geprüfte, im Hinblick auf den Standort ergebnisoffene Suche und langfristig tragbare Entscheidung bezüglich der Endlagerungsproblematik.
3. ein Bekenntnis der CDU Schleswig-Holstein sowie der Landesregierung zu allen schleswig-holsteinischen Atomkraftwerksstandorten zur Sicherung der hiesigen Arbeitsplätze.

Brennelementesteuer verbessern

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein begrüßt die Einführung der Kernbrennstoffsteuer. Die Kernbrennstoffsteuer kann zurzeit jedoch von Unternehmen als Betriebsausgabe von der Steuer abgezogen werden. Dies führt zu Gewinnmaximierung der Stromkonzerne und einem verringerten Steueraufkommen. Diese Situation ist inakzeptabel. Um glaubwürdig Vorteile für die regenerativen Energien aus der Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke zu generieren, muss es zu einer Regelung kommen, die nicht bloß eine zusätzliche Belastung des Steuerzahlers darstellt.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

4. die Kernbrennstoffsteuer in Zukunft als nicht-abziehbare Betriebsausgabe zu klassifizieren,
5. die ausschließliche Nutzung der Kernbrennstoffsteuer zur Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien
6. den Gewinn aus der erhobenen Kernbrennstoffsteuer nicht nur zur Förderung der regenerativen Energieformen einzusetzen, sondern diesen Ertrag im besonderen Maße auch in neue Innovationen
7. die zusätzliche Heranziehung der Kraftwerksbetreiber zur Finanzierung eines Endlagers

Energie aus Kohlekraft nicht als „Brückentechnologie“ implementieren

Die Gewinnung von Energie aus Kohlekraft stellt die Erzeugungsform dar, bei der am meisten CO₂ emittiert wird. Im Vertrauen auf den Bestand der Laufzeitbegrenzung für Kernkraftwerke wurden zahlreiche neue Kohlekraftwerke geplant und genehmigt, die entweder bereits ans Netz gegangen sind oder dies in absehbarer Zeit tun werden. Dies war notwendig, um den drohenden Verlust der Erzeugungsform Kernkraft auffangen zu können und die in Deutschland noch vorhandenen fossilen Energieträger verwerten zu können, bevor der Wegfall der Kernkraft zu einer vollständigen Abhängigkeit Deutschlands von ausländischen Rohstoffimporten geführt hätte. Dennoch ist besonders unter dem Aspekt der Klimaschädlichkeit des emittierten CO₂ die Kernkraft mit Abstand die vorzugswürdigere „Brückentechnologie“.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

8. die Streichung sämtlicher Subventionen für die Kohleförderung in Deutschland,
9. ältere Kohlekraftwerke vom Netz zu nehmen, sobald deren Anteil an der Energieerzeugung durch neuere Kraftwerke mit höheren Wirkungsgraden abgedeckt werden kann,
10. die Ablehnung der den neuen Kohlekraftwerken entgegengestellten Forderung eines breiten Einsatzes von Gaskraftwerken (die Versorgungssicherheit würde dadurch in inakzeptabler Weise gefährdet, da der Gasmarkt derzeit keine diversifizierten Beschaffungswege bereithält),

CO₂ Reduktion durch CO₂-Abscheidung und -Speicherung

Trotz moderner Kohlekraftwerke mit hohen Wirkungsgraden entsteht beim Verbrennungsprozess von Kohle nach wie vor CO₂, das in der Atmosphäre als klimabeeinflussende Treibhausgas wirkt. Das Ziel sollte es daher sein, diese Emissionen zu verhindern. Dabei sollte man jedoch nicht auf die Abscheidung im CCS Verfahren zurückgreifen, da dies unausgereift ist. Eine unterirdische CO₂ – Endlagerung würde die drängende CO₂ Problematik zudem nicht lösen, aber die Entwicklung CO₂ armer bzw. loser Anlagen zurückwerfen.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

11. die Erkundung geeigneter CCS-Flächen– ausdrücklich auch, wenn diese in Schleswig-Holstein liegen.

Außenpolitische Unabhängigkeit durch Energiesicherheit garantiert

Weltweit steigt der Bedarf an fossilen Energieträgern. Aufstrebende Volkswirtschaften wie China, Indien und Brasilien bilden neue Konkurrenten auf einem ohnehin schon umkämpften Rohstoffmarkt. Deutschland ist als relativ rohstoffarme Industrie- und Technologienation stärker als Nationen mit hoher Eigenförderung (wie z.B. Norwegen und Kanada) auf ein stabiles Angebot an Öl, Gas und Kohle angewiesen. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass diese Stabilität durch Kartellbildungen auf der einen und internationale politische Krisen auf der anderen Seite stets in Preisexplosionen mit darauf folgenden Finanz- und Wirtschaftskrisen umschlagen kann. So haben die Ölkrisen der Jahre 1973 und 1979/1980 genau wie der Golfkrieg des Jahres 1990 gezeigt, wie stark die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von globalen und daher nur schwer zu beeinflussenden Faktoren ist. Dieses Problem ist umso gravierender, als Deutschland einen Großteil seiner Energieträger aus instabilen Regionen bezieht oder hierfür auf Partnerschaften mit Staaten angewiesen ist, deren Politik mit unserem Verständnis von Menschenrechten und Demokratie nicht zu vereinbaren ist.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher

12. auch künftig eine Diversifizierung der Stromerzeugung bzw. der Treibstoffe anzustreben. Nur wenn wir das Risiko streuen und ein ausgewogenes Verhältnis von Kern-, Gas- und Kohlekraftwerken zur Deckung der Grundlast vorhalten, ist eine verlässliche Versorgung bis zum ausreichenden Ausbau der regenerativen Energie sicherzustellen. Hierbei kommt neben dem Erhalt der Kernkraft sowie dem Betrieb effizienter Kohlekraftwerke insbesondere der Ausweitung der Stromerzeugung durch regenerative Träger eine hohe Bedeutung zu.
13. Die bilaterale Zusammenarbeit zu intensivieren. So können Projekte wie Desertec (Bau von Solarparks in Nordafrika für europäische Abnehmer) und Nabucco (Pipeline Türkei/Bulgarien/Rumänien/Ungarn/Österreich) neben einer größeren Unabhängigkeit auch das Zusammenwachsen des europäischen Wirtschaftsraumes fördern. Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein begrüßt in diesem Zusammenhang auch den Bau der Ostseepipeline Nord Stream. Langfristige Lieferverträge unter Umgehung instabiler Transitländer gewährleisten.

Nach europaweiter Zielsetzung auch europaweite Maßnahmen durchsetzen

Zur Bekämpfung der sich aus dem Klimawandel ergebenden Probleme wurden mit den 2020-Zielen der EU weltweit deutliche Maßstäbe gesetzt. Neben diesen gemeinsamen Zielen ist Europa dennoch von einer einheitlichen Energiepolitik in Bezug auf das Erreichen dieser Ziele weit entfernt. So besteht die europäische Energieversorgung aus einer mehr oder weniger ungeordneten Mischung aus Kohle- oder Kernkraftwerken und Trägern erneuerbarer Energien. Dabei besteht europaweit politisch wie gesellschaftlich eine gesplante Haltung gegenüber der Kernkraft.

Fraglich ist hierbei, ob bei einer gemeinsamen Zielsetzung der Verminderung des CO₂-Ausstoßes, die Europäische Union überhaupt willens ist, ihre energiepolitischen Entscheidungen sinnvoll zu bündeln und ihre Energieproduktion als Projekt der europaweiten Arbeitsteilung versteht. Diese bestünde aus einer europaweiten Standortanalyse für Zwischen- und Endlagern und einer Entwicklung eines europaweiten Konzepts zur Kontrolle von Kernkraftwerken, damit Risiken vermindert werden können.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert:

14. eine europaweite Arbeitsteilung im Sinne einer abgestimmten Energiepolitik, die über einzelne Projekte hinaus für die Angleichung der energiepolitischen Standards verantwortlich ist,
15. ein Verbot von Atommüllexporten in Staaten außerhalb der EU. Es bestünde sonst eine große Gefahr, dass Atommüll in Drittstaaten ohne entsprechende Sicherheitsstands geliefert würde.

Energiewirtschaft dezentralisieren

In konventionellen Kondensationskraftwerken gehen 62% der Energie in Form von Wärme verloren. Nach weiteren Übertragungsverlusten können nur 36% der Primären Energie genutzt werden. Kraftwerke in Großstadregionen können durch Kraftwärmekopplung einen deutlich verbesserten Wirkungsgrad erreichen. Ein Fernwärmenetz als Abnehmer ist aber Voraussetzung. So können bis zu 79% der Primärenergie genutzt werden. Dezentrale Blockheizkraftwerke (BHKW) besitzen zusätzlich ein erhebliches Einsparpotenzial bei den Übertragungsverlusten. Hier können ca. 87% der Primärenergie für Strom und ein Nahwärmenetz genutzt werden.

Neben einer gesteigerten Energieeffizienz durch eine technische Dezentralisierung kann aber auch eine bessere Preisstabilität durch eine organisatorische Dezentralisierung erreicht werden.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

16. eine stärkere Dezentralisierung der Energiewirtschaft,

Erneuerbare Energien fördern, aber einen bezahlbaren Strompreis halten

Die unmittelbare Stromerzeugung aus der Kraft der Sonne ist eine langfristige Chance. Durch das Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) hat die Photovoltaikbranche einen beispiellosen Aufschwung erlebt, da die hohen Anfangsinvestitionen durch die langfristig planbare Einspeisevergütung besser finanzierbar waren. Die jährliche Verringerung der Vergütung ist jedoch zu begrüßen, damit die Solarbranche langfristig durch mehr Wettbewerb ohne diese Subventionierung auszukommen lernt und sich weiter entwickelt.

Das gilt für alle Bereiche der erneuerbare Energien. Ziel muss es sein, dass diese ohne subventionierte Einspeisevergütungen auskommen. Die Förderungen müssen immer im Verhältnis zum Strompreis und der eingespeisten Menge gesehen werden.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

17. die zielgerichtete Förderung der erneuerbaren Energien, aber immer im Verhältnis eines bezahlbaren Strompreises für Privatpersonen und Unternehmen.

Energieproduktion durch Windkraft ausbauen

Deutschland ist heute das Land mit der höchsten installierten Kapazität an Windenergie weltweit. Dies hat, neben den positiven Aspekten für den Klimaschutz und der Diversität der Energieversorgung, einen Schub in der Forschung, Entwicklung und Vermarktung von Windkraftanlagen „Made in Germany“ ausgelöst. Heute sind deutsche Firmen weltweit Marktführer im Bau von Windkraftanlagen. Gleichzeitig hat die Massenfertigung von Windkraftanlagen einen deutlichen Preisverfall für die einzelne Anlage verursacht. Windkrafträder in meteorologisch günstigen Regionen, wie Schleswig-Holstein, können sich mittlerweile in wenigen Jahren amortisieren.

Der Boom der Windenergie führt immer öfter zu Zielkonflikten zwischen Umweltschutz und Landschaftsschutz. Die Verhältnismäßigkeit zwischen den Interessen einzelner Anlieger und dem notwendigen Ausbau regenerativer Energien muss gewährleistet sein. Dies kann durch die Bündelung von Windkrafträdern in Off-Shore-Windparks unterstützend erreicht werden. Gerade Schleswig-Holstein hat mit der Nord- und Ostsee riesiges Potential. Voraussetzung dafür ist aber eine leistungsfähige Netzinfrastruktur, die fähig ist unregelmäßig produzierten Strom zu transportieren und zu speichern. Bis aber die Off-Shore-Anlagen in Betrieb sind, müssen die On-Shore Anlagen ausgebaut werden. Dies muss einmal durch das weitere Ausweisen von geeigneten Windenergieflächen geschehen und zum anderen durch die Aufrüstung bestehender Anlagen. Um besonders das Anliegen der Anwohner mit einzubeziehen, muss eine Minderheit der Beteiligung der Bürger am Windpark ermöglicht werden.

Der Ausbau regenerativer Energien ist ohne eine Aufrüstung bisheriger Hoch- in Höchstspannungsnetze (220 kV auf 380 kV) nicht denkbar. Ohne zusätzliche Kapazitäten können die zunehmenden Mengen regenerativer Energien aus Nordeuropa unter Spitzenlast nicht in Richtung Südeuropa abgeleitet werden. Die Junge Union bekennt sich daher zum beschleunigten Ausbau der Höchstspannungsnetze im Rahmen des Energieleitungsausbaugesetz (EnLAG) und lehnt die Einrichtung weiterer, abseits der im EnLAG bereits festgelegten, Pilottrassen zur Erkundung der Erdverkabelung ab. Solange es keine Erkenntnisse über die Auswirkungen auf die Umwelt, den Wartungsbedarf und der damit verbundenen Erhöhung des Preises je Kilowattstunde gibt, erscheint dies nicht zielführend.

Konkret fordert die JUNGE UNION Schleswig-Holstein:

18. den Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung – unter Berücksichtigung der berechtigten Anliegen der Anwohner – von derzeit 1% auf 1,5% zu erhöhen,
19. das Vorantreiben der Off-Shore-Anlagen,
20. eine Minderheitsbeteiligung der Bürger muss gewährt werden,
21. keine Einrichtung weiterer Pilottrassen zur Erkundung der Erdverkabelung,

22. eine Förderung der Repowering

Biogas verantwortlich nutzen

In Schleswig-Holstein hat der Bau von Biogasanlagen erheblich zugenommen. Die Erzeugung von Biogas ist nur attraktiv, wenn es, ähnlich wie bei Strom aus regenerativen Energiequellen, in das bestehende Gasleitungsnetz zusätzlich zu konventionellem Erdgas eingespeist werden kann. Ergänzend dazu ist auch die Einspeisung von Strom aus Biogasanlagen möglich. Die Biogasanlage wird vor allem mit Mais bestückt. Um dies zu fördern, wurde der sogenannte Bonus für nachwachsende Rohstoffe (NawaRo-Bonus) eingeführt. Der sieht vor, dass sich die Grundeinspeisevergütung um bis zu 6 Eurocent/kWh erhöht, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Zu den Voraussetzungen gehört, dass der Strom ausschließlich aus Pflanzen oder Pflanzenbestandteilen gewonnen wird, die in landwirtschaftlichen Betrieben anfallen und keiner weiteren als der zur Ernte, Konservierung oder Nutzung in der Biomasseanlage erfolgten Aufbereitung unterzogen wurden. Gleichzeitig hängt die Intensität der zusätzlichen Förderung von der Größe der Biogas-Anlage ab. Dieser NaWaRo-Bonus hatte zur Folge, dass in Schleswig-Holstein immer mehr Flächen zum Maisanbau genutzt wurden. Viele Landwirte haben ihre Flächen an Biogasbetreiber verpachtet. Dadurch sind die Pachtpreise teilweise um 50% gestiegen. Der NaWaRo-Bonus führt zu einer Überförderung der Biogasanlagen, was das Gleichgewicht und den fairen Wettbewerb zwischen Anlagenbetreibern und Landwirten gefährdet. Stattdessen sollte der Bonus für Gülle erhöht werden und ein Bonus für Abfallprodukte geschaffen werden. Dies soll den Anreiz geben, den Anteil von Mais von derzeit über 80% auf 20% zu senken. Um aber auch über diesen Bonus eine Überförderung zu vermeiden, sollte wie bei Photovoltaikanlagen eine Degression der Grundvergütung eingeführt werden. Die Landkreise in Schleswig-Holstein sollten sich dafür einsetzen, den Bioabfall der Haushalte an Biogasanlage weiterzuleiten. Vorreiter sind hier die Landkreise Stormarn und Lauenburg. Hierdurch kann erreicht werden das Abfallprodukte sinnvoll genutzt werden können.

Die JUNGE UNION Schleswig-Holstein fordert daher:

23. die Abschaffung des NaWaRo-Bonus,
24. die Ausschreibung des Bioabfalls als Biomasse für Biogasanlagen,
25. die Erhöhung des Gülle-Bonus,
26. eine Degression der Grundvergütung in der Höhe des neuen Abfall-Bonus,
27. Genehmigung von Biogasanlagen nur wenn ein schlüssiges Wärme- und Stromkonzept vorhanden ist,
28. eine geregelte Degression und ldw. Nutzfläche, die zur Biogasproduktion genutzt wird.

Energieverbrauch durch Energetische Gebäudesanierung reduzieren

Zusätzlich zu dem Ausbau erneuerbarer Energien muss der Energieverbrauch durch eine optimale Ausschöpfung von Energieeinsparpotenzialen reduziert werden. Hierfür bietet die Energetische Gebäudesanierung das größte Einsparpotenzial. Bislang wurde – so die Deutsche Energieagentur (DENA) – von den möglichen energetischen Einsparpotenzialen bei Sanierungen durchschnittlich nur rund ein Drittel genutzt.